

23.11.2020

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/11100, 17/11800 (Ergänzung) und 17/11850 (Zweite Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Einzelplan 07 - Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Berichterstatter

Abgeordneter Stefan Zimkeit

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird unverändert angenommen.

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	17/4244
und vom	
- Integrationsausschuss	17/4240

beraten. Der Erläuterungsband zum Einzelplan 07 lag mit Vorlage 17/3962 vor.

Den Fachausschüssen lagen außerdem die Vorlage 17/4121, 17/4208 und 17/4230 vor.

- a) Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat am 29. Oktober 2020 beraten und am 19. November 2020 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen drei Änderungsanträge der Fraktionen von SPD (1) sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2) zur Beratung und Abstimmung vor. Das jeweilige Abstimmungsergebnis und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/4240. Diese drei Änderungsanträge wurden abgelehnt. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD unverändert angenommen.
- b) Der Integrationsausschuss hat in seinen Sitzungen am 28. Oktober 2020 und in seiner Sitzung am 18. November 2020 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen dort fünf Änderungsanträge der Fraktion von SPD (4) sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (1) zur Beratung und Abstimmung vor. Das jeweilige Abstimmungsergebnis und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/4244. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 17/1159.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/4234 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 17. November 2020 abgegeben.

Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 02 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/11920 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/11900.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 23. November 2020 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befasst. Dort langen insgesamt 30 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellung, die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang. Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang: 6 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
3 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
21 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und</p> <p>Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfe, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 2.506.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.339.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 342.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.164.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung der Mittel für LSBTI i.H.v. 2500 Euro und der Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit i.H.v. 340.000 Euro.</p> <p>Die Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit ist damit betraut in KMUs Diversity zu fördern. Angesichts eines massiven Fachkräftemangels kann sich kein Unternehmen eine Diskriminierung leisten.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 2.506.600 Euro	2.339.800 Euro	um 342.500 Euro		auf 2.164.100 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 2.506.600 Euro	2.339.800 Euro																				
um 342.500 Euro																					
auf 2.164.100 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und</p> <p>TG70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 34.675.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">31.209.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 388.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 34.287.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung der Gelder für die Landesgeschäftsstelle für pro familia und donum vitae. Diese beiden Organisationen scheinen nicht wirklich das vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Ziel mit ihren Beratungsangeboten zu verfolgen. Deren vorrangige Arbeit finden in den Beratungsstellen statt. Deshalb erscheint eine Subventionierung der Geschäftsstellen nicht notwendig.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 34.675.600 Euro	31.209.600 Euro	um 388.000 Euro		auf 34.287.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 34.675.600 Euro	31.209.600 Euro																				
um 388.000 Euro																					
auf 34.287.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>TG75 Förderung der Politik Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle *LSBTI Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 1.687.400 Euro</td> <td>1.707.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.187.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Mittel für Projekte gegen Gewalt von 250.000 Euro auf 500.000 Euro. Streichung der Mittel zur Förderung der Selbsthilfe und der psychosozialen Arbeit i.H.v. 1.437.400 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Immer öfter werden Homosexuelle Opfer von Gewalt. Deshalb sind die Mittel für Projekte dagegen zu erhöhen.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 1.687.400 Euro	1.707.400 Euro	um 1.187.400 Euro		auf 500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 1.687.400 Euro	1.707.400 Euro																				
um 1.187.400 Euro																					
auf 500.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Kinder und Jugendhilfe Titel 633 14 Pauschale nach dem KiBiz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2021</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2.924.588.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>110.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.034.588.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.590.343.500 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Herausforderungen der Corona-Pandemie zeigen, dass die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen eine Entlastung benötigen. Hauswirtschaft- und Verwaltungskräfte können einen Beitrag zur Entlastung der Fachkräfte leisten. Die zusätzlichen Unterstützungskräfte entlasten nicht nur die Fachkräfte, sondern können auch im Hinblick des Fachkräftemangels die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher interessanter für Berufseinsteiger*innen machen.</p>	2021		Ansatz lt. HH 2020	von	2.924.588.200 Euro		um	110.000.000 Euro		auf	3.034.588.200 Euro	2.590.343.500 Euro	<p>Votum AFKJ</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AFD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	Enth.	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
2021		Ansatz lt. HH 2020																																	
von	2.924.588.200 Euro																																		
um	110.000.000 Euro																																		
auf	3.034.588.200 Euro	2.590.343.500 Euro																																	
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AFD	Enth.																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AfD	Enth.																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 684 12 NEU Zuschüsse für eine Geschäftsstelle der Elternarbeit Kitas NRW (LEB)</p> <p>’ Anbringung eines Baransatzes von 100.000 Euro</p> <p>Begründung: Elternarbeit ist ein wesentlicher Teil der Zusammenarbeit in der Frühkindlichen Bildung. Der Landeselternbeirat in NRW leistet hervorragende Arbeit für die Eltern in NRW. Bisher läuft dies rein ehrenamtlich. Um die Arbeit anzuerkennen und weiter zu unterstützen, muss das Land NRW die Eltern beim Aufbau einer Geschäftsstelle unterstützen. Für personelle und sächliche Mittel sollen im Jahr deshalb 100.000€ zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>AFKJ</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AFD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 684 14 Zuschüsse für eine Geschäftsstelle „Verschickungskinder“</p> <p>Anbringung eines Baransatzes von 100.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Trauma der Verschickungskinder liegen tief und sind erst am Anfang der Aufarbeitung. Um den Prozess für die Betroffenen zu erleichtern, ist es unabdingbar eine Geschäftsstelle zu schaffen, die die ehrenamtliche Arbeit der lokalen Gruppen in NRW koordiniert und weiter vernetzt. Deshalb soll das Land NRW jährlich 100.000€ für personelle und sächliche Ausgaben zur Verfügung stellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD Enth.</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Kinder und Jugendhilfe Titel neu Stelle eines*r unabhängigen Beauftragten zu Fragen der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in NRW</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2021 Ansatz lt. HH 2020 von 0 Euro um 699.946 Euro auf 699.946 Euro 0 Euro</p> <p>Begründung: Die Stelle eines*r unabhängigen Beauftragten zu Fragen der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Für die Wahrnehmung ihrer bzw. seiner Aufgaben muss die Stelle mit Personal- sowie Sachmittel für u.a. Forschungsaufträge, Fachgespräche und Publikationen ausgestattet sein.</p>	<p>AFKJ</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AFD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

	<p>SJD Falken – 2.427.826 Euro</p> <p>Naturfreundejugend – 500.327 Euro</p> <p>BUND Jugend – 133.912 Euro</p> <p>Falken Bildungs- und Freizeitwerk NRW e.V. - 252.935 Euro</p> <p>LAG Kath. Jugendsozialarbeit NRW – 263.637 Euro</p> <p>DIDDF- Jugend NRW – 133.912 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die parteinahen Vorfeldorganisationen für die Jugend sollten unabhängig von staatlicher Einflussnahme sein. Außerdem verfügen die Mutterorganisationen über genug Vermögen, um sie privat zu finanzieren.</p> <p>Die Sozialverbände in Deutschland und somit ihre Jugendorganisationen verhalten sich außerdem politisch nicht neutral.</p> <p>Den anderen Organisationen sollten aufgrund zweifelhafter politischer Beziehungen die Gelder gekürzt werden. Sie agieren z.B. wie auch die DGB Jugend mit der Antifa im Rahmen von Demonstrationen zusammen.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titelgruppe 69 Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß §89d SGB VII</p> <p>Titel 663 69 Sonstige Zuweisungen der den örtlichen Trägern der Jugendhilfe durch Leistungsgewährungen nach §89d SGB VIII entstandenen Kosten</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 350.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">435.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 250.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Es ist bekannt, dass viele der unbegleiteten Minderjährigen eigentlich volljährig sind. Es finden nur keine effektive Altersfeststellung in NRW statt z.B. durch eine Röntgenuntersuchung. Es ist davon auszugehen, dass mindestens ein Viertel der „minderjährigen“ Migranten eigentlich keine sind. Außerdem dürfen diese Leistungen nicht mehr an volljährige Flüchtlinge gewährt werden.</p> <p>Der Ansatz ist bewusst konservativ gewählt.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 350.000.000 Euro	435.000.000 Euro	um 100.000.000 Euro		auf 250.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 350.000.000 Euro	435.000.000 Euro																				
um 100.000.000 Euro																					
auf 250.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 547 12 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Umsetzung von Integrationspolitischen Maßnahmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 2.801.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.163.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.201.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die aktuelle Haushaltslage gibt es nicht her, Finanzmittel für Einbürgerungskampagnen (z.B. #IchDuWirNRW) zu verwenden, insbesondere, wenn sich der Nutzen der Maßnahmen nicht messen lässt. Die Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ kann unter Beteiligung verfassungsfeindlicher und antisemitischer Organisationen nicht weitergeführt werden. Die Einsparungen sollen in den Bereichen Veranstaltungen/ Öffentlichkeitsarbeit und bei der Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ erfolgen.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 2.801.700 Euro	3.163.700 Euro	um 1.201.700 Euro		auf 1.600.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 2.801.700 Euro	3.163.700 Euro																				
um 1.201.700 Euro																					
auf 1.600.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 633 10 Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände – Integrationspauschalen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 6.700.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">6.700.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 5.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Anpassung an den voraussichtlichen Minderbedarf. Die Landesregierung hat auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass Neuzugänge von Menschen gemäß § 23 Abs. 2; § 23 Abs. 4 und § 22 AufenthG auf ein humanitäres Minimum reduziert werden.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 6.700.000 Euro	6.700.000 Euro	um 1.000.000 Euro		auf 5.700.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 6.700.000 Euro	6.700.000 Euro																				
um 1.000.000 Euro																					
auf 5.700.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 633 30 Kommunales Integrationsmanagement</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 50.000.000 Euro</td> <td>25.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Es geht bei diesem Projekt u.a. um Einbürgerungskampagnen und die Umsetzung der Spurwechsel-Politik der Landesregierung. Die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) sollen federführend, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Ausländerbehörden, die notwendige Aufgaben übernehmen.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 50.000.000 Euro	25.000.000 Euro	um 50.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 50.000.000 Euro	25.000.000 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 685 10 Zuschuss an die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Essen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 741.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">741.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 22.248 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 763.848 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor. Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 741.600 Euro	741.600 Euro	um 22.248 Euro		auf 763.848 Euro		<p>Votum IntA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AFD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																														
von 741.600 Euro	741.600 Euro																														
um 22.248 Euro																															
auf 763.848 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AFD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	nein																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 685 10 Zuschuss an die Stiftung für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Essen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 741.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">741.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 741.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Es besteht kein Bedarf für zusätzliche Studien exklusiv in diesem Bereich.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 741.600 Euro	741.600 Euro	um 741.600 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020										
von 741.600 Euro	741.600 Euro										
um 741.600 Euro											
auf 0 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 518 04 Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 1.835.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.815.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 464.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.370.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgabe der LEA Bochum aufgrund der geringen Anzahl täglicher Neuzugänge, Übertragung der Aufgabe an die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB).</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 1.835.500 Euro	1.815.000 Euro	um 464.900 Euro		auf 1.370.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 1.835.500 Euro	1.815.000 Euro																				
um 464.900 Euro																					
auf 1.370.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 536 00 Rückführung und Rückführungsbegleitung</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 17.904.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.904.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 27.904.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Anpassung an den voraussichtlichen Mehrbedarf u.a. zur Personalaufstockung der Regionalen Rückkehrkoordinierungsstellen (RRK)</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 17.904.500 Euro	17.904.500 Euro	um 10.000.000 Euro		auf 27.904.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">CDU</td> <td style="width: 70%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 17.904.500 Euro	17.904.500 Euro																				
um 10.000.000 Euro																					
auf 27.904.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 17 Sachliche Verwaltungsaufwendungen für die Unterstützung und Beratung der Kommunen im Ausländer- und Einbürgerungswesen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 250.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Diese Aufgaben können durch die kommunalen Ausländerbehörden und die Zentralen Ausländerbehörden (ZUE) übernommen werden.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 250.000 Euro	250.000 Euro	um 250.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020										
von 250.000 Euro	250.000 Euro										
um 250.000 Euro											
auf 0 Euro											

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 10 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden</p> <p>Anhebung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 43.850.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">43.850.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 93.850.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Deckung des Mehrbedarfs u.a. für die personelle Aufstockung der bestehenden 5 ZAB in Köln, Unna, Coesfeld, und Essen und die räumliche Unterbringung zusätzlichen Personals. Übernahme zusätzlicher Aufgaben siehe Kapitel 07080: Titel 633 20 und 633 30 sowie Kapitel 07090: Titel 518 04, 547 12, 547 17 und 684 41.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 43.850.000 Euro	43.850.000 Euro	um 50.000.000 Euro		auf 93.850.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 43.850.000 Euro	43.850.000 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf 93.850.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 40 Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>HH 2021 Ansatz lt. HH 2020 von 656.980.000 Euro 546.980.000 Euro um 256.980.000 Euro auf 400.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Mögliche Reduzierung der erforderlichen Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz durch die konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Personen und eine schnellere Bearbeitung offener Verfahren.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 40 Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 385.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">460.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 385.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die auch weiterhin notwendige Aufgabe des Beschwerdemanagements wurde im Haushaltsentwurf verlagert in die Titelgruppe 66. Flüchtlingsrat NRW: Einstellung der Förderung bedingt durch erforderliche Einsparmaßnahmen in Folge der zusätzlichen finanziellen Belastungen für den Haushalt 2021 (Corona).</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 385.000 Euro	460.000 Euro	um 385.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 385.000 Euro	460.000 Euro																				
um 385.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
	GRÜNE	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2021</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>29.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>6.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>35.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0.000.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Erweiterung der Aufgaben in der Sozialen Beratung für Flüchtlinge um die Psychosoziale Erstberatung (PSE) und die überregionale Fachbegleitung sollte sich ebenfalls in der VE widerspiegeln, um auch diesen Beraterinnen und Beratern eine entsprechende Planungssicherheit zu ermöglichen.</p>	2021		Ansatz lt. HH 2020	von	29.000.000 Euro		um	6.000.000 Euro		auf	35.000.000 Euro	0.000.000 Euro	<p>Votum IntA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2021		Ansatz lt. HH 2020																																	
von	29.000.000 Euro																																		
um	6.000.000 Euro																																		
auf	35.000.000 Euro	0.000.000 Euro																																	
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AFD	nein																																		
CDU	nein																																		
SPD	ja																																		
FDP	nein																																		
GRÜNE	ja																																		
AfD	nein																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 35.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">25.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 35.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>zusätzlich: Rücknahme der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 29.000.000</p> <p>Begründung:</p> <p>Einstellung der freiwilligen Leistung des Landes NRW. Übernahme der notwendigen Leistungen durch die kommunalen Ausländerbehörden und die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB). Rückverlagerung der zusätzlichen Mittel in Höhe von 5.000.000 in den Titel 685 40 und Einsparungen in Höhe von 5.000.000 beim Titel 547 10.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 35.000.000 Euro	25.000.000 Euro	um 35.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 35.000.000 Euro	25.000.000 Euro																				
um 35.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

